

KT-Drucksache Nr. X-0197

für den Verwaltungsausschuss
-nichtöffentlich-

für den Kreistag
-öffentlich-

Änderung der Satzung der Kreissparkasse Reutlingen

Beschlussvorschlag:

Der Änderung der Satzung der Kreissparkasse Reutlingen gemäß Anlage 1 wird zugestimmt.

Aufwand/Finanzielle Auswirkungen:

--

Sachdarstellung/Begründung:

I. Kurzfassung

Der Verwaltungsrat der Kreissparkasse hat eine Satzungsänderung beschlossen, die als wesentlichen Inhalt die durch die Einführung des § 37a Gemeindeordnung (GemO) geschaffene Möglichkeit der Durchführung von Sitzungen ohne persönliche Anwesenheit der Mitglieder im Sitzungsraum hat. In die Mustersatzung wurde auch eine geänderte Bekanntmachungsmöglichkeit im Internetauftritt der Sparkasse aufgenommen. Die Satzungsänderung bedarf der Zustimmung durch den Kreistag sowie des Regierungspräsidiums als Rechtsaufsichtsbehörde.

II. Ausführliche Sachdarstellung

1. Der Verwaltungsrat der Kreissparkasse Reutlingen hat in seiner Sitzung am 29. September 2020 die als Anlage 1 beigefügte Satzung zur Änderung der Satzung der Kreissparkasse Reutlingen beschlossen. Die Satzungsänderung ist in der als Anlage 2 angeschlossenen Synopse dargestellt. Die neue Fassung der Satzung der Kreissparkasse Reutlingen soll zum 1. Januar 2021 in Kraft treten.
2. Am 19. Juni 2020 hat der Vorstand des Sparkassenverbands Baden-Württemberg Änderungen an der Mustersatzung für die baden-württembergischen Sparkassen beschlossen. Anlass hierfür war insbesondere das vom Landtag am 7. Mai 2020

beschlossene Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung, der Landkreisordnung und anderer Gesetze (nachfolgend „Änderungsgesetz“).

3. Wesentlicher Inhalt der Gesetzesänderung ist die Einführung des § 37a in die Gemeindeordnung, die es dem Gemeinderat ermöglicht, Sitzungen ohne persönliche Anwesenheit der Mitglieder im Sitzungsraum durchzuführen („Videokonferenz“). Bislang galt der Gemeinderat gemäß § 37 Absatz 2 GemO nur dann als beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte aller Mitglieder anwesend und stimmberechtigt war. Das Sparkassengesetz verwies in der bisherigen Fassung für Beschlussfassungen des Verwaltungsrats, des Kreditausschusses und von Trägerversammlungen auf eine entsprechende Anwendung des § 37 GemO (§ 20 Absatz 1, § 8 Absatz 9 Sparkassengesetz - SpG). Um diesen Organen und der Trägerversammlung zukünftig – bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen – auch Videokonferenzen gemäß § 37a GemO zu ermöglichen, wurde über das Änderungsgesetz in den §§ 8 Absatz 9 und 20 Absatz 1 SpG ein Verweis auf § 37a GemO aufgenommen.

Der bloße Verweis im Sparkassengesetz auf die entsprechende Geltung des § 37a GemO ist für die Durchführung von Videokonferenzen allein allerdings nicht ausreichend. § 37a Absatz 1 Satz 1 GemO verlangt hierfür eine entsprechende satzungsrechtliche Regelung: „Durch die Hauptsatzung kann bestimmt werden, dass notwendige Sitzungen des Gemeinderats, ohne persönliche Anwesenheit der Mitglieder im Sitzungsraum durchgeführt werden können; ...“ Dieser Anforderung wird durch eine entsprechende Änderung der Mustersatzung für die baden-württembergischen Sparkassen in § 7 Absatz 3 (Sitzungen des Verwaltungsrats) entsprochen.

4. Neu in die Mustersatzung aufgenommen wurde auch die Möglichkeit, bestimmte Bekanntmachungen durch eine entsprechende Bereitstellung im Internetauftritt der Sparkasse vorzunehmen. Bislang war nur ein Aushang oder eine Auslegung, verbunden mit einem Einrücken/Hinweis „in dem hierzu bestimmten Blatt“, vorgesehen. Auch die Satzung kann zukünftig im Internetauftritt der Sparkasse bereitgestellt werden.
5. Daneben wurden noch redaktionelle Änderungen beschlossen.
6. Die Änderung der Satzung bedarf gemäß § 7 des Sparkassengesetzes der Zustimmung des Kreistags und des Regierungspräsidiums als Rechtsaufsichtsbehörde.

Satzung

zur Änderung der Satzung der Kreissparkasse Reutlingen

Artikel 1

Die Satzung der Kreissparkasse Reutlingen vom 27. Oktober 2018 wird mit Wirkung zum 1. Januar 2021 wie folgt geändert:

1. Vor § 1 wird folgende Vorbemerkung aufgenommen:

"Vorbemerkung

Soweit personenbezogene Bezeichnungen im Maskulinum stehen, wird diese Form verallgemeinernd verwendet und bezieht sich auf sämtliche Geschlechter."

2. § 4 Absatz 3 wird wie folgt neu gefasst:

"Die Sparkasse arbeitet als Mitglied der Sparkassenorganisation im Verbund mit den zur Sparkassen-Finanzgruppe gehörenden Unternehmen Landesbank Baden-Württemberg, LBS Landesbausparkasse Südwest, SV Versicherungsgruppe, Deko-Gruppe sowie solchen Unternehmen zusammen, an denen die Sparkasse, die genannten Unternehmen oder der Sparkassenverband beteiligt sind."

3. § 7 Absatz 3 wird wie folgt neu gefasst:

"Für die Beschlussfassung und die Beanstandung der Beschlüsse gelten die §§ 37, 37a Absatz 1 Sätze 1 bis 3, Absatz 2 und 43 Absatz 2 GemO entsprechend mit der Maßgabe, dass an die Stelle des Bürgermeisters der Vorsitzende des Verwaltungsrats tritt (§ 20 Absatz 1 SpG)."

4. § 10 Absatz 4 Nr. 4

Die Worte "*und maschinenmäßig erstellte und mit einem Kontrollstempel versehene Empfangsbescheinigungen*" werden ersatzlos gestrichen.

Die Nr. 4 lautet daher zukünftig wie folgt:

"4. andere Erklärungen, wenn die Sparkasse unter Angabe der Art der Erklärung durch Aushang oder Auslegung in den Kassenräumen oder durch Vermerk im Vordruck hierauf hingewiesen hat."

5. § 11 Satz 1 bleibt unverändert. Die bisherigen Sätze 2 und 3 werden durch die nachfolgenden Sätze ersetzt:

"Die Bekanntmachungen nach den Nr. 1 bis 6 können alternativ in den folgenden Formen durchgeführt werden:

1. Bekanntmachungen nach den Nr. 1 bis 6 durch Aushang oder Auslegung im Kassenraum der Hauptstelle der Sparkasse und Einrücken in das hierzu bestimmte Blatt. Bekanntmachungen nach den Nr. 5 und 6 durch Aushang oder Auslegung im Kassenraum der Hauptstelle der Sparkasse, wobei auf den Aushang oder die Auslegung im hierzu bestimmten Blatt hinzuweisen ist.

2. Durch Bereitstellung im Internet unter folgender Adresse:

<https://www.ksk-reutlingen.de>

Der Bereitstellungstag ist anzugeben.

Bei einer Bereitstellung von Bekanntmachungen im Internet besteht die Möglichkeit, diese auch kostenfrei im Kassenraum der Hauptstelle der Sparkasse einsehen zu können. Ein Ausdruck ist gegen Kostenerstattung erhältlich.

Die Bekanntmachungen nach den Nr. 7 und 8 werden zwei Wochen im Kassenraum der Hauptstelle der Sparkasse ausgehängt."

6. § 14 wird wie folgt neu gefasst:

"§ 14 – Auslegung der Satzung; Bereitstellung der Satzung im Internet

Die Satzung ist in den Kassenräumen der Sparkasse auszulegen oder im Internetauftritt der Sparkasse bereitzustellen. Bei einer Bereitstellung im Internet kann die Satzung auch im Kassenraum der Hauptstelle der Sparkasse kostenlos eingesehen werden. Ein Ausdruck ist gegen Kostenerstattung erhältlich."

Artikel 2

Diese Änderungssatzung tritt am Tag nach der Bekanntmachung in Kraft.

bisherige Fassung

§ 1

Name und Sitz

- (1) Die Kreissparkasse Reutlingen mit dem Sitz in Reutlingen ist eine gemeinnützige und mündelsichere rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts.
- (2) Die Sparkasse ist Mitglied des Sparkassenverbands Baden-Württemberg.

§ 2

Träger

- (1) Träger der Sparkasse ist der Landkreis Reutlingen.
- (2) Der Träger unterstützt die Sparkasse bei der Erfüllung ihrer Aufgaben nach Maßgabe der folgenden Vorschriften. Es besteht weder eine Verpflichtung des Trägers noch ein Anspruch der Sparkasse gegen den Träger, Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Sparkasse haftet für ihre Verbindlichkeiten mit ihrem gesamten Vermögen. Der Träger der Sparkasse haftet nicht für deren Verbindlichkeiten.
- (3) Der Träger der Sparkasse am 18. Juli 2005 haftet für die Erfüllung sämtlicher zu diesem Zeitpunkt bestehenden Verbindlichkeiten der Sparkasse. Für solche Verbindlichkeiten, die bis zum 18. Juli 2001 vereinbart waren, gilt dies zeitlich unbegrenzt, für danach bis zum 18. Juli 2005 vereinbarte Verbindlichkeiten nur, wenn deren Laufzeit nicht über den 31. Dezember 2015 hinausgeht. Der Träger wird seinen Verpflichtungen aus der Gewährträgerhaftung gegenüber den Gläubigern der bis zum 18. Juli 2005 vereinbarten Verbindlichkeiten umgehend nachkommen, sobald er bei deren Fälligkeit ordnungsgemäß und schriftlich festgestellt hat, dass die Gläubiger dieser Verbindlichkeiten aus dem Vermögen der Sparkasse nicht befriedigt werden können. Verpflichtungen der Sparkasse aufgrund eigener Gewährträgerhaftung oder vergleichbarer Haftungszusage oder einer durch die Mitgliedschaft im Sparkassenverband als Gewährträger vermittelten Haftung sind vereinbart und fällig im Sinne der Sätze 1 bis 3 in dem gleichen Zeitpunkt, wie die durch eine solche Haftung gesicherte Verbindlichkeit.

vorgeschlagene Fassung

Vorbemerkung

Soweit personenbezogene Bezeichnungen im Maskulinum stehen, wird diese Form verallgemeinernd verwendet und bezieht sich auf sämtliche Geschlechter.

§ 1

Name und Sitz

- (1) Die Kreissparkasse Reutlingen mit dem Sitz in Reutlingen ist eine gemeinnützige und mündelsichere rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts.
- (2) Die Sparkasse ist Mitglied des Sparkassenverbands Baden-Württemberg.

§ 2

Träger

- (1) Träger der Sparkasse ist der Landkreis Reutlingen.
- (2) Der Träger unterstützt die Sparkasse bei der Erfüllung ihrer Aufgaben nach Maßgabe der folgenden Vorschriften. Es besteht weder eine Verpflichtung des Trägers noch ein Anspruch der Sparkasse gegen den Träger, Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Sparkasse haftet für ihre Verbindlichkeiten mit ihrem gesamten Vermögen. Der Träger der Sparkasse haftet nicht für deren Verbindlichkeiten.
- (3) Der Träger der Sparkasse am 18. Juli 2005 haftet für die Erfüllung sämtlicher zu diesem Zeitpunkt bestehenden Verbindlichkeiten der Sparkasse. Für solche Verbindlichkeiten, die bis zum 18. Juli 2001 vereinbart waren, gilt dies zeitlich unbegrenzt, für danach bis zum 18. Juli 2005 vereinbarte Verbindlichkeiten nur, wenn deren Laufzeit nicht über den 31. Dezember 2015 hinausgeht. Der Träger wird seinen Verpflichtungen aus der Gewährträgerhaftung gegenüber den Gläubigern der bis zum 18. Juli 2005 vereinbarten Verbindlichkeiten umgehend nachkommen, sobald er bei deren Fälligkeit ordnungsgemäß und schriftlich festgestellt hat, dass die Gläubiger dieser Verbindlichkeiten aus dem Vermögen der Sparkasse nicht befriedigt werden können. Verpflichtungen der Sparkasse aufgrund eigener Gewährträgerhaftung oder vergleichbarer Haftungszusage oder einer durch die Mitgliedschaft im Sparkassenverband als Gewährträger vermittelten Haftung sind vereinbart und fällig im Sinne der Sätze 1 bis 3 in dem gleichen Zeitpunkt, wie die durch eine solche Haftung gesicherte Verbindlichkeit.

bisherige Fassung

§ 3

Aufgaben

(1) Die Sparkasse ist ein selbständiges Wirtschaftsunternehmen in kommunaler Trägerschaft mit der Aufgabe, auf der Grundlage der Markt- und Wettbewerbsfordernisse vorrangig in ihrem Geschäftsgebiet den Wettbewerb zu stärken und die angemessene und ausreichende Versorgung aller Bevölkerungskreise, der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes, und der öffentlichen Hand mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen auch in der Fläche sicherzustellen. Sie unterstützt damit die Aufgabenerfüllung der Kommunen im wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereich. Die Sparkasse fördert den Sparsinn und die Vermögensbildung breiter Bevölkerungskreise und die Wirtschaftserziehung der Jugend.

(2) Die Sparkasse betreibt alle banküblichen Geschäfte, soweit das Sparkassengesetz, die Sparkassengeschäftsverordnung oder diese Satzung keine Einschränkungen vorsehen. Der Sparverkehr wird durch besondere "Bedingungen für den Sparverkehr" geregelt; sie gelten auch für bereits bestehende Spareinlagen.

(3) Die Sparkasse unterhält die zur Erfüllung ihrer Aufgaben und zur Wahrnehmung ihrer Geschäfte erforderlichen Zweigstellen und sonstigen Einrichtungen.

(4) Die Sparkasse kann im Rahmen des § 10 des Gesetzes über das Kreditwesen Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter nach Maßgabe des § 32 des Sparkassengesetzes (SpG) sowie Genussrechtskapital und nachrangige Darlehen aufnehmen.

§ 4

Geschäftsgrundsätze

(1) Die Mittel der Sparkasse sind unter Berücksichtigung ausreichender Sicherheit, Liquidität und Rentabilität anzulegen.

(2) Der Verwaltungsrat kann Grundsätze für die Bewertung von Sicherheiten aufstellen und Abweichungen von Satzungsregelungen beschließen, die die allgemeine Zulassung von Geschäften betreffen.

(3) Die Sparkasse arbeitet als Mitglied der Sparkassenorganisation im Verbund mit den zur Sparkassen-Finanzgruppe gehörenden Unternehmen Landesbank Baden-Württemberg, LBS Landesbausparkasse Baden-Württemberg, SV-Versicherungsgruppe, DGZ-Dekabank-Gruppe sowie solchen Unternehmen zusammen, an denen die Sparkasse, die genannten Unternehmen oder der Sparkassenverband beteiligt sind.

vorgeschlagene Fassung

§ 3

Aufgaben

(1) Die Sparkasse ist ein selbständiges Wirtschaftsunternehmen in kommunaler Trägerschaft mit der Aufgabe, auf der Grundlage der Markt- und Wettbewerbsfordernisse vorrangig in ihrem Geschäftsgebiet den Wettbewerb zu stärken und die angemessene und ausreichende Versorgung aller Bevölkerungskreise, der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes, und der öffentlichen Hand mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen auch in der Fläche sicherzustellen. Sie unterstützt damit die Aufgabenerfüllung der Kommunen im wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereich. Die Sparkasse fördert den Sparsinn und die Vermögensbildung breiter Bevölkerungskreise und die Wirtschaftserziehung der Jugend.

(2) Die Sparkasse betreibt alle banküblichen Geschäfte, soweit das Sparkassengesetz, die Sparkassengeschäftsverordnung oder diese Satzung keine Einschränkungen vorsehen. Der Sparverkehr wird durch besondere "Bedingungen für den Sparverkehr" geregelt; sie gelten auch für bereits bestehende Spareinlagen.

(3) Die Sparkasse unterhält die zur Erfüllung ihrer Aufgaben und zur Wahrnehmung ihrer Geschäfte erforderlichen Zweigstellen und sonstigen Einrichtungen.

(4) Die Sparkasse kann im Rahmen des § 10 des Gesetzes über das Kreditwesen Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter nach Maßgabe des § 32 des Sparkassengesetzes (SpG) sowie Genussrechtskapital und nachrangige Darlehen aufnehmen.

§ 4

Geschäftsgrundsätze

(1) Die Mittel der Sparkasse sind unter Berücksichtigung ausreichender Sicherheit, Liquidität und Rentabilität anzulegen.

(2) Der Verwaltungsrat kann Grundsätze für die Bewertung von Sicherheiten aufstellen und Abweichungen von Satzungsregelungen beschließen, die die allgemeine Zulassung von Geschäften betreffen.

(3) Die Sparkasse arbeitet als Mitglied der Sparkassenorganisation im Verbund mit den zur Sparkassen-Finanzgruppe gehörenden Unternehmen Landesbank Baden-Württemberg, LBS Landesbausparkasse ~~Baden-Württemberg~~ **Südwest**, SV-Versicherungsgruppe, ~~DGZ-Dekabank~~-Gruppe sowie solchen Unternehmen zusammen, an denen die Sparkasse, die genannten Unternehmen oder der Sparkassenverband beteiligt sind.

bisherige Fassung

§ 5 Organe

Organe sind der Verwaltungsrat, der Kreditausschuss und der Vorstand.

§ 6 Zusammensetzung des Verwaltungsrats

Der Verwaltungsrat besteht aus dem Vorsitzenden, elf weiteren Mitgliedern und sechs Vertretern der Beschäftigten.

§ 7 Sitzungen des Verwaltungsrats

(1) Der Vorsitzende beruft den Verwaltungsrat ein und leitet seine Sitzungen.

(2) Der Verwaltungsrat ist bei Bedarf, mindestens jedoch viermal im Jahr, unter Mitteilung der Tagesordnung einzuberufen. Der Verwaltungsrat muss unverzüglich auf den nächstmöglichen Termin einberufen werden, wenn die Hälfte der Mitglieder des Verwaltungsrats oder der Vorstand es unter Angabe des Gegenstandes der Beratung verlangt.

(3) Für die Beschlussfassung und die Beanstandung der Beschlüsse gelten die §§ 37 und 43 Abs. 2 GemO entsprechend mit der Maßgabe, dass an die Stelle des Bürgermeisters der Vorsitzende des Verwaltungsrats tritt (§ 20 Abs. 1 SpG).

(4) Über die Sitzungen des Verwaltungsrats ist eine Niederschrift zu fertigen, die vom Vorsitzenden des Verwaltungsrats und von dem vom Verwaltungsrat bestimmten Schriftführer zu unterzeichnen ist.

§ 8 Kreditausschuss

(1) Der Kreditausschuss besteht aus dem Vorsitzenden des Verwaltungsrats als Vorsitzendem und mindestens zwei, höchstens der Hälfte der weiteren Mitglieder des Verwaltungsrats. Der Verwaltungsrat bestimmt die Zahl der weiteren Mitglieder des Kreditausschusses.

vorgeschlagene Fassung

§ 5 Organe

Organe sind der Verwaltungsrat, der Kreditausschuss und der Vorstand.

§ 6 Zusammensetzung des Verwaltungsrats

Der Verwaltungsrat besteht aus dem Vorsitzenden, elf weiteren Mitgliedern und sechs Vertretern der Beschäftigten.

§ 7 Sitzungen des Verwaltungsrats

(1) Der Vorsitzende beruft den Verwaltungsrat ein und leitet seine Sitzungen.

(2) Der Verwaltungsrat ist bei Bedarf, mindestens jedoch viermal im Jahr, unter Mitteilung der Tagesordnung einzuberufen. Der Verwaltungsrat muss unverzüglich auf den nächstmöglichen Termin einberufen werden, wenn die Hälfte der Mitglieder des Verwaltungsrats oder der Vorstand es unter Angabe des Gegenstandes der Beratung verlangt.

(3) Für die Beschlussfassung und die Beanstandung der Beschlüsse gelten die §§ 37, 37a Abs. 1 Sätze 1 bis 3, Absatz 2 und 43 Abs. 2 GemO entsprechend mit der Maßgabe, dass an die Stelle des Bürgermeisters der Vorsitzende des Verwaltungsrats tritt (§ 20 Abs. 1 SpG).

(4) Über die Sitzungen des Verwaltungsrats ist eine Niederschrift zu fertigen, die vom Vorsitzenden des Verwaltungsrats und von dem vom Verwaltungsrat bestimmten Schriftführer zu unterzeichnen ist.

§ 8 Kreditausschuss

(1) Der Kreditausschuss besteht aus dem Vorsitzenden des Verwaltungsrats als Vorsitzendem und mindestens zwei, höchstens der Hälfte der weiteren Mitglieder des Verwaltungsrats. Der Verwaltungsrat bestimmt die Zahl der weiteren Mitglieder des Kreditausschusses.

bisherige Fassung

- (2) Der Kreditausschuss ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder, jedoch nicht weniger als drei Mitglieder anwesend und stimmberechtigt sind. Der Kreditausschuss stimmt offen ab. Im Übrigen gilt für die Einberufung und Leitung der Sitzungen, die Beschlussfassung und die Beanstandung der Beschlüsse sowie die Niederschrift § 7 entsprechend.
- (3) Der Kreditausschuss beschließt über die Zustimmung zur Gewährung von Krediten nach Maßgabe der Geschäftsanweisung und über die Zustimmung zur Gewährung von Organkrediten im Sinne von § 15 des Gesetzes über das Kreditwesen.

§ 9

Vorstand

- (1) Der Vorstand besteht aus mehreren Mitgliedern. Daneben können stellvertretende Mitglieder bestellt werden.
- (2) Das Nähere über den Geschäftsgang des Vorstands, die Geschäftsbereiche der Mitglieder und ihre Vertretung bestimmt die Geschäftsanweisung.
- (3) Die Aufgaben des Vorstands richten sich nach § 23 SpG. Daneben entscheidet der Vorstand über

1. den Erwerb von Grundstücken, soweit der Kaufpreis nicht über 500.000 EUR hinausgeht, und die Veräußerung von Grundstücken, soweit der Verkaufspreis nicht über 500.000 EUR hinausgeht; bei einem Grundstückstausch ist der Vorstand nicht zuständig, wenn der Wert des zu erwerbenden oder der des zu veräußernden Grundstücks die genannten Beträge überschreitet;
2. den Erwerb von Grundstücken zur Vermeidung von Verlusten und die Veräußerung solcher Grundstücke;
3. die Errichtung von Gebäuden, soweit die voraussichtlichen Herstellungskosten ohne den Wert des Bauplatzes nicht über 1.000.000 EUR hinausgehen;
4. die Anstellung, Einstufung und Entlassung der leitenden Angestellten im Rahmen des Stellenplans.

vorgeschlagene Fassung

- (2) Der Kreditausschuss ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder, jedoch nicht weniger als drei Mitglieder anwesend und stimmberechtigt sind. Der Kreditausschuss stimmt offen ab. Im Übrigen gilt für die Einberufung und Leitung der Sitzungen, die Beschlussfassung und die Beanstandung der Beschlüsse sowie die Niederschrift § 7 entsprechend.
- (3) Der Kreditausschuss beschließt über die Zustimmung zur Gewährung von Krediten nach Maßgabe der Geschäftsanweisung und über die Zustimmung zur Gewährung von Organkrediten im Sinne von § 15 des Gesetzes über das Kreditwesen.

§ 9

Vorstand

- (1) Der Vorstand besteht aus mehreren Mitgliedern. Daneben können stellvertretende Mitglieder bestellt werden.
- (2) Das Nähere über den Geschäftsgang des Vorstands, die Geschäftsbereiche der Mitglieder und ihre Vertretung bestimmt die Geschäftsanweisung.
- (3) Die Aufgaben des Vorstands richten sich nach § 23 SpG. Daneben entscheidet der Vorstand über

1. den Erwerb von Grundstücken, soweit der Kaufpreis nicht über 500.000 EUR hinausgeht, und die Veräußerung von Grundstücken, soweit der Verkaufspreis nicht über 500.000 EUR hinausgeht; bei einem Grundstückstausch ist der Vorstand nicht zuständig, wenn der Wert des zu erwerbenden oder der des zu veräußernden Grundstücks die genannten Beträge überschreitet;
2. den Erwerb von Grundstücken zur Vermeidung von Verlusten und die Veräußerung solcher Grundstücke;
3. die Errichtung von Gebäuden, soweit die voraussichtlichen Herstellungskosten ohne den Wert des Bauplatzes nicht über 1.000.000 EUR hinausgehen;
4. die Anstellung, Einstufung und Entlassung der leitenden Angestellten im Rahmen des Stellenplans.

Vertretungsbefugnis

(1) Erklärungen im Namen der Sparkasse werden durch zwei Mitglieder oder stellvertretende Mitglieder des Vorstands abgegeben. Der Vorstand kann bestimmen, dass ein Mitglied oder ein stellvertretendes Mitglied des Vorstands zusammen mit einem Mitarbeiter oder zwei Mitarbeiter gemeinsam die Sparkasse vertreten können. Im Einzelfall können die Mitglieder des Vorstands durch Beschluss des Verwaltungsrats vom Verbot der Mehrfachvertretung nach § 181 BGB befreit werden. In den Fällen des § 9 Abs. 3 Ziffern 1 und 2 ist der Vorstand generell vom Verbot der Mehrfachvertretung befreit.

(2) Erklärungen der Sparkasse aufgrund einer Vollmacht (§ 23 Abs. 4 SpG) werden durch einen oder mehrere Bevollmächtigte abgegeben. Für die Ausstellung von Vollmachten ist Schriftform mit der Unterschrift von zwei Mitgliedern oder stellvertretenden Mitgliedern des Vorstands oder eines Mitglieds oder stellvertretenden Mitglieds des Vorstands und eines vertretungsberechtigten Mitarbeiters erforderlich.

(3) In einzelnen Angelegenheiten und in bestimmten Aufgabengebieten, insbesondere bei Zweigstellen, kann ein Mitglied des Vorstands oder ein Mitarbeiter allein mit der Vertretung nach § 23 Abs. 2 SpG beauftragt werden.

(4) Folgende schriftliche Erklärungen sind ohne Unterschrift rechtsverbindlich:

1. von der Sparkasse ausgegebene Zahlungskarten zur Verwendung in kartengestützten Zahlungssystemen der Kreditwirtschaft,
2. maschinenmäßig erstellte und abgestimmte Verzeichnisse, Abrechnungen und abrechnungsähnliche Mitteilungen, Rechnungsabschlüsse, Konten- und Depotauszüge,
3. Buchungsanzeigen und Mitteilungen über die Änderung von Zinssätzen, Provisionen, Gebühren, Zins- und Tilgungsraten,
4. andere Erklärungen und maschinenmäßig erstellte und mit einem Kontrollstempel versehene Empfangsbescheinigungen, wenn die Sparkasse unter Angabe der Art der Erklärung durch Aushang oder Auflegung in den Kassenräumen oder durch Vermerk im Vordruck hierauf hingewiesen hat.
- (5) Soweit der Vorsitzende des Verwaltungsrats die Sparkasse vertritt, werden Erklärungen im Namen der Sparkasse durch ihn allein abgegeben.

Vertretungsbefugnis

(1) Erklärungen im Namen der Sparkasse werden durch zwei Mitglieder oder stellvertretende Mitglieder des Vorstands abgegeben. Der Vorstand kann bestimmen, dass ein Mitglied oder ein stellvertretendes Mitglied des Vorstands zusammen mit einem Mitarbeiter oder zwei Mitarbeiter gemeinsam die Sparkasse vertreten können. Im Einzelfall können die Mitglieder des Vorstands durch Beschluss des Verwaltungsrats vom Verbot der Mehrfachvertretung nach § 181 BGB befreit werden. In den Fällen des § 9 Abs. 3 Ziffern 1 und 2 ist der Vorstand generell vom Verbot der Mehrfachvertretung befreit.

(2) Erklärungen der Sparkasse aufgrund einer Vollmacht (§ 23 Abs. 4 SpG) werden durch einen oder mehrere Bevollmächtigte abgegeben. Für die Ausstellung von Vollmachten ist Schriftform mit der Unterschrift von zwei Mitgliedern oder stellvertretenden Mitgliedern des Vorstands oder eines Mitglieds oder stellvertretenden Mitglieds des Vorstands und eines vertretungsberechtigten Mitarbeiters erforderlich.

(3) In einzelnen Angelegenheiten und in bestimmten Aufgabengebieten, insbesondere bei Zweigstellen, kann ein Mitglied des Vorstands oder ein Mitarbeiter allein mit der Vertretung nach § 23 Abs. 2 SpG beauftragt werden.

(4) Folgende schriftliche Erklärungen sind ohne Unterschrift rechtsverbindlich:

1. von der Sparkasse ausgegebene Zahlungskarten zur Verwendung in kartengestützten Zahlungssystemen der Kreditwirtschaft,
2. maschinenmäßig erstellte und abgestimmte Verzeichnisse, Abrechnungen und abrechnungsähnliche Mitteilungen, Rechnungsabschlüsse, Konten- und Depotauszüge,
3. Buchungsanzeigen und Mitteilungen über die Änderung von Zinssätzen, Provisionen, Gebühren, Zins- und Tilgungsraten,
4. andere Erklärungen ~~und maschinenmäßig erstellte und mit einem Kontrollstempel versehene Empfangsbescheinigungen~~, wenn die Sparkasse unter Angabe der Art der Erklärung durch Aushang oder Auslegung in den Kassenräumen oder durch Vermerk im Vordruck hierauf hingewiesen hat.
- (5) Soweit der Vorsitzende des Verwaltungsrats die Sparkasse vertritt, werden Erklärungen im Namen der Sparkasse durch ihn allein abgegeben.

bisherige Fassung

- (6) Erklärungen und Urkunden, die den vorstehenden Vorschriften genügen, sind für die Sparkasse ohne Rücksicht auf die Einhaltung sonstiger satzungsmäßiger Bestimmungen im Einzelfall rechtsverbindlich.
- (7) Die Vertretungsberechtigung wird für die Mitglieder und die stellvertretenden Mitglieder des Vorstands durch den Vorsitzenden des Verwaltungsrats, im Übrigen durch zwei Mitglieder oder stellvertretende Mitglieder des Vorstands bescheinigt.

§ 11

Bekanntmachungen

Der öffentlichen Bekanntmachung bedürfen

1. die Errichtung der Sparkasse (§ 2 SpG),
2. die Vereinigung der Sparkasse mit einer anderen Sparkasse (§ 3 SpG),
3. die Auflösung der Sparkasse (§ 5 SpG und § 13 der Satzung),
4. das Hinzutreten und das Ausscheiden eines Trägers (§§ 4, 8 und 9 SpG),
5. die Satzung und die Änderung der Satzung (§ 7 SpG),
6. der Jahresabschluss (§ 30 Abs. 3 SpG),
7. das Aufgebot eines Sparkassenbuchs oder einer anderen Urkunde (§ 34 Abs. 2 Nr. 4 SpG),
8. die Kraftloserklärung eines Sparkassenbuchs oder einer anderen Urkunde (§ 34 Abs. 2 Nr. 6 SpG).

Die Bekanntmachungen nach den Nummern 1 bis 6 werden durch Aushang oder Auflegung im Kassenraum der Hauptstelle der Sparkasse und Einrücken in das hierzu bestimmte Blatt veröffentlicht. Bekanntmachungen nach den Nummern 5 und 6 können durch Aushang oder Auflegung im Kassenraum der Hauptstelle der Sparkasse erfolgen, wobei auf den Aushang oder die Auflegung in dem hierzu bestimmten Blatt hinzuweisen ist. Die Bekanntmachungen nach den Nummern 7 und 8 werden zwei Wochen im Kassenraum der Hauptstelle der Sparkasse ausgehängt.

vorgeschlagene Fassung

- (6) Erklärungen und Urkunden, die den vorstehenden Vorschriften genügen, sind für die Sparkasse ohne Rücksicht auf die Einhaltung sonstiger satzungsmäßiger Bestimmungen im Einzelfall rechtsverbindlich.
- (7) Die Vertretungsberechtigung wird für die Mitglieder und die stellvertretenden Mitglieder des Vorstands durch den Vorsitzenden des Verwaltungsrats, im Übrigen durch zwei Mitglieder oder stellvertretende Mitglieder des Vorstands bescheinigt.

§ 11

Bekanntmachungen

Der öffentlichen Bekanntmachung bedürfen

1. die Errichtung der Sparkasse (§ 2 SpG),
2. die Vereinigung der Sparkasse mit einer anderen Sparkasse (§ 3 SpG),
3. die Auflösung der Sparkasse (§ 5 SpG und § 13 der Satzung),
4. das Hinzutreten und das Ausscheiden eines Trägers (§§ 4, 8 und 9 SpG),
5. die Satzung und die Änderung der Satzung (§ 7 SpG),
6. der Jahresabschluss (§ 30 Abs. 3 SpG),
7. das Aufgebot eines Sparkassenbuchs oder einer anderen Urkunde (§ 34 Abs. 2 Nr. 4 SpG),
8. die Kraftloserklärung eines Sparkassenbuchs oder einer anderen Urkunde (§ 34 Abs. 2 Nr. 6 SpG).

Die Bekanntmachungen nach den Nummern 1 bis 6 werden durch Aushang oder Auflegung im Kassenraum der Hauptstelle der Sparkasse und Einrücken in das hierzu bestimmte Blatt veröffentlicht. Bekanntmachungen nach den Nummern 5 und 6 können durch Aushang oder Auflegung im Kassenraum der Hauptstelle der Sparkasse erfolgen, wobei auf den Aushang oder die Auflegung in dem hierzu bestimmten Blatt hinzuweisen ist. Die Bekanntmachungen nach den Nummern 7 und 8 werden zwei Wochen im Kassenraum der Hauptstelle der Sparkasse ausgehängt.

bisherige Fassung

vorgeschlagene Fassung

Die Bekanntmachungen nach den Nummern 1 bis 6 können alternativ in den folgenden Formen durchgeführt werden:

1. Bekanntmachungen nach den Nummern 1 bis 6 durch Aushang oder Auslegung im Kassenraum der Hauptstelle der Sparkasse und Einrücken in das hierzu bestimmte Blatt. Bekanntmachungen nach den Nummern 5 und 6 durch Aushang oder Auslegung im Kassenraum der Hauptstelle der Sparkasse, wobei auf den Aushang oder die Auslegung in dem hierzu bestimmten Blatt hinzuweisen ist.

2. Durch Bereitstellung im Internet unter folgender Adresse: <https://www.ksk-reutlingen.de>. Der Bereitstellungstag ist anzugeben.

Bei einer Bereitstellung von Bekanntmachungen im Internet besteht die Möglichkeit, diese auch kostenfrei im Kassenraum der Hauptstelle der Sparkasse einsehen zu können. Ein Ausdruck ist gegen Kostenerstattung erhältlich.

Die Bekanntmachungen nach den Nummern 7 und 8 werden zwei Wochen im Kassenraum der Hauptstelle der Sparkasse ausgehängt.

§ 12

Freigeigkeitsleistungen

(1) Die Freigeigkeitsleistungen nach § 31 Abs. 1 Satz 2 SpG dürfen im Geschäftsjahr nicht über fünf vom Hundert des in den drei vorhergegangenen Geschäftsjahren durchschnittlich erzielten Überschusses zuzüglich der Vorwegführungen zur Sicherheitsrücklage hinausgehen; sie dürfen aber mindestens 20.000 EUR betragen.

(2) Der Höchstsatz von fünf vom Hundert darf um den Betrag überschritten werden, um den er in den vorhergehenden fünf Jahren unterschritten worden ist.

(3) Beim Vorliegen besonderer Verhältnisse dürfen die Höchstsätze nach Absatz 1 bis zum Doppelten überschritten werden. Absatz 2 bleibt unberührt.

§ 13

Auflösung der Sparkasse

(1) Nach Erteilung der Genehmigung zur Auflösung der Sparkasse (§ 5 SpG) ist die Auflösung der Sparkasse dreimal mit Zwischenfristen von je vier Wochen öffentlich bekannt zu machen. Dabei sind Guthaben zu einem mindestens drei Monate nach der ersten Bekanntmachung liegenden Zeitpunkt zu kündigen.

(2) Guthaben, die bei Fälligkeit nicht abgehoben werden, werden nicht weiter verzinst. Der zur Befriedigung der Gläubiger erforderliche Teil des Sparkassenvermögens ist zu hinterlegen.

§ 12

Freigeigkeitsleistungen

(1) Die Freigeigkeitsleistungen nach § 31 Abs. 1 Satz 2 SpG dürfen im Geschäftsjahr nicht über fünf vom Hundert des in den drei vorhergegangenen Geschäftsjahren durchschnittlich erzielten Überschusses zuzüglich der Vorwegführungen zur Sicherheitsrücklage hinausgehen; sie dürfen aber mindestens 20.000 EUR betragen.

(2) Der Höchstsatz von fünf vom Hundert darf um den Betrag überschritten werden, um den er in den vorhergehenden fünf Jahren unterschritten worden ist.

(3) Beim Vorliegen besonderer Verhältnisse dürfen die Höchstsätze nach Absatz 1 bis zum Doppelten überschritten werden. Absatz 2 bleibt unberührt.

§ 13

Auflösung der Sparkasse

(1) Nach Erteilung der Genehmigung zur Auflösung der Sparkasse (§ 5 SpG) ist die Auflösung der Sparkasse dreimal mit Zwischenfristen von je vier Wochen öffentlich bekannt zu machen. Dabei sind Guthaben zu einem mindestens drei Monate nach der ersten Bekanntmachung liegenden Zeitpunkt zu kündigen.

(2) Guthaben, die bei Fälligkeit nicht abgehoben werden, werden nicht weiter verzinst. Der zur Befriedigung der Gläubiger erforderliche Teil des Sparkassenvermögens ist zu hinterlegen.

bisherige Fassung

(3) Das nach Erfüllung sämtlicher Verbindlichkeiten verbleibende Vermögen ist an den Träger zur Verwendung für die in § 31 Abs. 5 SpG genannten Zwecke abzuführen. Dasselbe gilt für das nach Absatz 2 Satz 2 hinterlegte Vermögen, sobald die Befriedigung der Gläubiger wegen des Ablaufs der Verjährungsfrist verweigert werden kann.

§ 14

Auflegung der Satzung

Die Satzung ist in den Kassenräumen der Sparkasse aufzulegen.

§ 15

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach der Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die bisherige Satzung außer Kraft.

vorgeschlagene Fassung

(3) Das nach Erfüllung sämtlicher Verbindlichkeiten verbleibende Vermögen ist an den Träger zur Verwendung für die in § 31 Abs. 5 SpG genannten Zwecke abzuführen. Dasselbe gilt für das nach Absatz 2 Satz 2 hinterlegte Vermögen, sobald die Befriedigung der Gläubiger wegen des Ablaufs der Verjährungsfrist verweigert werden kann.

§ 14

Auslegung der Satzung: Bereitstellung der Satzung im Internet

Die Satzung ist in den Kassenräumen der Sparkasse auszulegen oder im Internetauftritt der Sparkasse bereitzustellen. Bei einer Bereitstellung im Internet kann die Satzung auch im Kassenraum der Hauptstelle der Sparkasse kostenlos eingesehen werden. Ein Ausdruck ist gegen Kostenerstattung erhältlich.

§ 15

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach der Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die bisherige Satzung außer Kraft.